

## I. Reproduktive Gesundheit

### ➤ Schutz von schwangeren Frauen und verbesserte Versorgung rund um die Geburt

Die SPD Berlin setzt sich seit Jahrzehnten für eine selbstbestimmte und gewaltfreie Geburt ein. Angesichts der steigenden Geburtszahlen wollen wir weiterhin **eine bestmögliche Versorgung von Mutter und Kind**. So unterstützt das Land Berlin auf Initiative der SPD den Bau neuer Kreißsäle mit 20 Millionen EUR. Auch die Hebammenschulen haben ihre Kapazitäten gesteigert, um 130 Plätze auf insgesamt 332 Plätze. Darüber hinaus ist es mit dem digitalen Bettennachweis IVENA nun möglich, Hochschwangere schnell und unkompliziert in ein Haus mit freien Kapazitäten zu verlegen.

Als SPD Berlin sind wir der Überzeugung, dass eine **gute und selbstbestimmte Geburt** nur mit **ausreichender Hebammenversorgung und verlässlicher Betreuung im Wochenbett** garantiert werden kann. Zu diesem Zweck setzt sich die SPD Berlin auf Bundesebene für eine bessere Vergütung von Hebammen, insbesondere für eine Erhöhung der Wochenbettpauschale. Diese Forderung ist ein zentraler Bestandteil in unserem Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl.

Unter der Führung der SPD ist es dem Land Berlin gelungen, Angebote der Frühen Hilfen flächendeckend zu gewährleisten. Mit diesen begleitenden Angeboten werden werdende Eltern von der Schwangerschaft über die Geburt bis in die ersten Lebensjahre des Kindes unterstützt. Dabei bildet das **Präventionsprogramm Babylotse**, das nach erfolgreicher Modellphase auf alle Geburtskliniken der Berliner Krankenhäuser ausgeweitet wurde, einen zentralen Baustein der Frühen Hilfen. Die Babylotsen unterstützen Familien, die durch unterschiedlichste Umstände überfordert sind und/oder konkrete individuelle Vermittlung zu Unterstützungsangeboten benötigen. Für ein berlinweites Angebot stellt die SPD-geführte Senatsgesundheitsverwaltung 1,5 Mio. Euro jährlich zur Verfügung.

Als SPD Berlin setzen wir uns für eine uneingeschränkte inklusive Nutzung öffentlicher Räume u. a. für schwangere Frauen ein. Diese müssen sich jederzeit sicher und angstfrei im öffentlichen Raum bewegen können. So treten wir in unserem Landeswahlprogramm dafür ein, dass alle **Frauen in die Planungen von öffentlichen Räumen mit einbezogen** werden, um beispielsweise die Entstehung von Angsträumen zu verhindern, sichere Wege zu schaffen und eine gerechte Nutzung für alle zu gewährleisten. Für einen besseren Öffentlichen Nahverkehr bedarf es neben Barrierefreiheit auch **ein auf den Bedarf von Schwangeren und Reisenden mit kleinen Kindern zugeschnittenes ÖPNV-Angebot**,

beispielsweise in Form von ausreichenden Sitzplätzen für Schwangere oder den Streckenausbau auch in die Berliner Außenbezirke.

➤ **Regelung der §§218/219 außerhalb des Strafgesetzbuches**

Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist ein Grundrecht, dass Frauen in vielen Ländern verweigert wird. Wir setzen uns für die ergebnisoffene Beratung von Schwangeren in Krisensituationen und den freien Zugang zu Informationen sowie für die ersatzlose Streichung des StGB § 219 a ein.

➤ **Angebot für kostenfreie Verhütungsmittel für Frauen mit geringen Einkommen ausbauen**

Geringes Einkommen darf kein Nachteil sein, wenn es um den Zugang zur Verhütung geht. Insbesondere bei der Familienplanung müssen Frauen in der Lage sein, unabhängig von ihrem Einkommen selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Deshalb setzt sich die SPD im Land wie im Bund für einen **kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln** ein.

## **I. Gesundheitliche Folgen von Gewalt**

➤ **Versorgungsstrukturen nach Erfahrungen sexualisierter Gewalt**

Die SPD Berlin ist entschlossen, die **Versorgungsstrukturen der von sexualisierter Gewalt Betroffenen deutlich auszubauen**. Auch wenn Berlin die **Mindestanforderung der Istanbul-Konvention des Europarates erfüllt**, wollen wir die Anzahl der Gewaltschutzambulanzen und Frauenhäuser in Berlin dem Bedarf entsprechend weiter erhöhen. Uns ist wichtig, dass dabei die Barrierefreiheit berücksichtigt wird, damit alle Frauen gut versorgt werden können. Dies betrifft nicht nur Räumlichkeiten, sondern auch die **Betreuung durch geschultes Personal**. Zudem werden wir die Gewaltschutzambulanzen weiter fördern und zusätzliche Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit bereitstellen, um sie bekannter zu machen. Die Vorstellung von Kindern vor den Gewaltschutzambulanzen wird ebenfalls vereinfacht. Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen einen adäquaten Ersatzraum in Frauenhäusern oder in Zufluchtwohnungen für Frauen, damit ihr Schutz gewährleistet ist. Bis diese in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, wird durch unter anderem die Anmietung von Hotelzimmern sichergestellt, dass jede Frau, die Schutz sucht, diesen auch bekommt. In Risikozeiträumen wie den Weihnachtsfeiertagen wollen wir durch solche temporären Anmietungen zusätzlich benötigte Kapazitäten bereitstellen. Erste Schritte in diese Richtung wurden schon getan: Um in der Corona-Pandemie von zunehmender häuslicher Gewalt betroffenen Frauen eine weitere sichere Unterkunft anbieten zu können, hat die Senatsverwaltung für

Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG) zum Jahresende 2020 kurzfristig ein siebtes Frauenhaus in einer Notunterkunft eingerichtet. Parallel zu dieser Einrichtung wird für 2021 an der Einrichtung eines achten und für 2022 eines neunten Frauenhauses gearbeitet.

Mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2020/21 hat die Berliner Landesregierung unter SPD-Führung dafür gesorgt, dass weitere Mittel für den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen im Gleichstellungsetat zur Verfügung stehen. Finanziert werden unter anderem, die **Erhöhung der Zahl von Frauenhausplätzen** sowie spezialisierte Beratungseinrichtungen gegen digitale Gewalt, Hate-Speech und Stalking. Auch digitale Gewalt hat weitreichende gesundheitliche und psychische Folgen für die betroffenen Frauen. Wir wollen daher **spezielle Angebote für von digitaler Gewalt betroffene Frauen stärken und ausbauen**. Der Zugang zu Beratungsangeboten muss ohne Medienbruch und niederschwellig möglich sein.